

## Amttlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben auf Grund eines vom Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern erstatteten allerunterthänigsten Vortrages mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. Jänner d. J. den Legationsrath zweiter Kategorie, Victor Grafen Dubsky zum Legationsrath erster Kategorie allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Christoph Grafen Spiegel, Felix Grafen Arz und Dr. Rudolf Pobeheim die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Oesterreichische Sparbank“ mit dem Sitze in Wien ertheilt und deren Statuten genehmigt.

Der Handelsminister hat der Wahl des V. C. Supan zum Präsidenten und des Joh. N. Horak zum Vicepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer zu Laibach für das Jahr 1872 die Bestätigung ertheilt.

## Nichtamtlicher Theil.

Die k. k. Landesregierung hat dem Joh. Jamšek aus Poje, des Bezirkes Wippach, für die muthvolle Rettung von vier Kranken vom Tode des Verbrennens bei dem am 21. November 1871 im Eisenbahnbau-Nothspitale zu Dornegg stattgehabten Brande die gesetzliche Taglia im vierfachen Betrage zuerkannt.

## Journalsstimmen über den Stand der inneren Fragen.

Die „Presse“ schreibt: „Wenn außerhalb des Subcomités des Verfassungsausschusses die Discussion über Wahlreform und Erweiterung des Nothwahlgesetzes immer wieder von neuem aufgenommen werde, so hätten derartige Erörterungen zunächst doch nur einen theoretischen Werth; für die politische Action im Reichsrathe selbst könnten die Gesichtspunkte, welche man heute zu gewinnen vermag, noch nicht maßgebend sein. Wie die legislativen Factoren die längst feststehenden und in der Thronrede wie in den Adressen beider Häuser des Reichsrathes neuerdings feierlichst anerkannten Grundsätze einer vollständigen Wahlreform praktisch durchzuführen, wie sie den strategischen Plan für die Durchbringung der betreffenden Vorlagen einzurichten, wie sie diese Vorlagen selbst den Verhältnissen anzubekommen hätten — das könne heute noch niemand absehen, all das hänge von mancherlei Vorbedingungen, vor allem aber von dem Ergebnisse der Verhandlungen über die galizischen Forderungen ab. Ganz anders werde man an's Werk gehen können, wenn man ein befriedigendes Compromiss mit den galizischen Deputirten erzielt haben, als wenn der Versuch einer Verständigung gescheitert sein würde, und selbst unter der Voraussetzung eines Compromisses wieder ganz anders, wenn die Abgeordneten aus Galizien sich zur Wahlreform lediglich passiv verhielten, als wenn sie die Wahlreform werththätig zu unterstützen sich bereit erklären würden. Ueber alle diese Punkte müsse früher vollständige Klarheit herrschen, ehe die Methode des Vorgehens bei der Durchführung der Wahlreform vereinbart, ja selbst ehe über einige wichtige Vorfragen Beschlüsse gefaßt werden könne. Dieser Weg der schrittweisen, vorsichtig zuwartenden, langsam vorschreitenden politischen Arbeit sei gegenwärtig der einzig mögliche, jede Ueberschätzung, jedes vorhastige Eingreifen, bevor man aller nöthigen Factoren im Vorhinein sicher sei, könnte Alles wieder aufs Spiel setzen. „In dem bisherigen Verlaufe der Session — schließt das genannte Blatt — ist noch kein Mißgriff zu beklagen. Wir werden auch am Schlusse derselben mit gerechtem Stolze auf sie zurückblicken können, wenn auch fernherhin in gleicher Weise wie bisher Maß und Umsicht wolten, wenn man die dringenden Fragen nicht gleichzeitig mit einander, sondern in organischer Reihenfolge nach einander zu lösen versucht.“

Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht an hervorragender Stelle das Schreiben eines Parteigenossen, welches die galizische Angelegenheit behandelt und in welchen zu folgenden, den obigen Ausführungen sehr

nahe kommenden Resultaten gelangt wird: Eine Verquickung der Wahlreform mit dem galizischen Ausgleich sei selbst dann inopportun, wenn sich die Abgeordneten aus Galizien zur gemeinsamen Behandlung beider Fragen bereit erklären würden. Der galizische Ausgleich müsse zunächst, selbst ohne Zustimmung der Polen zur Wahlreform, zum Abschlusse gebracht werden. Die Wahlreform selbst sei noch nicht spruchreif. Ueber höchst wichtige Details derselben sei eine Verständigung noch nicht erzielt. Es sei dahin zu streben, daß, nachdem über die Art und Weise der Entsendung der Delegation in den Reichsrath seitens des Landes Galizien in Hinkunft nur der galizische Landtag entscheiden solle, auch über die Entsendung der Abgeordneten aus den übrigen Ländern nur die Vertreter dieser letzteren im Reichsrathe zu entscheiden haben sollen.

Das „Vaterland“ beklagt in einem „Moralpolitische Essays“ überschriebenen Leader, gelegentlich der Betrachtung der allgemeinen europäischen Lage, die liberal zu Tage tretende systematische Verdächtigung, Hinderung und Bekämpfung der staatlichen Autorität, welche schließlich jede Regierung unmöglich machen müsse, während die „Tagespresse“ auf die Mißachtung selbst der äußersten Grenzen der Wohlstandigkeit in der czechischen Agitation hinweist und den Wunsch ausspricht, daß jener Agitation, welche in Böhmen alle Begriffe des Volkes verwirren müsse, mit allem Nachdrucke Schranken gesetzt würden.

Im „Mährischen Correspondenten“ wird an leitender Stelle die galizische Frage in beachtenswerther Weise erörtert. Zwei Strömungen seien dieser wichtigen Angelegenheit gegenüber in der öffentlichen Meinung zu Tage getreten; während von einer Seite das Zugeständniß einer Sonderstellung an Galizien lediglich als ein politisches Geschäft betrachtet werde, bei dem es auf möglichst geschickte Abmachung und Sicherstellung einer entsprechenden Gegenleistung ankomme, werde von anderer Seite eine würdigere Auffassung vertreten, wonach die natürliche Stellung und Zukunft der einzelnen Völkerschaften das Richtmaß für die Vereinbarungen zu bilden habe. Das Blatt stellt sich entschieden auf Seite der zweiten Ansicht. Der Ausgleich sei im Interesse der Sicherung unserer cisleithanischen Verfassungszustände jedenfalls angestrebt worden und man müsse diese Angelegenheit noch früher als die Frage der Wahlreform in Ordnung bringen, um jede Gefährdung des Constitutionalismus in dieser Richtung zu beseitigen.“

## 10. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 1. Februar.

Präsident R. v. Hopfen eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min.

Auf der Ministerbank: Sr. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr von Lasser, Dr. Unger, Dr. Glaser, Dr. v. Stremaier.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Eine Zuschrift Sr. Exc. des Herrn Finanzministers, betreffend eine Nachtragsforderung, wird dem Finanzausschusse zugewiesen, und eine Zuschrift des Finanzministeriums wird verlesen, mittelst welcher nachträglich Abschriften der summarischen Grundentlastungsvorschläge für Ost- und West-Galizien, dann für die Bukowina für das Jahr 1872 übersendet werden.

Eine Reihe von Petitionen gelangt an die betreffenden Ausschüsse.

Abg. Szj und Genossen richten eine Interpellation an Sr. Excellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die beschleunigte Ausführung des Baues der Eisenbahnstrecke vom Bahnhof Graz an die steirisch-ungarische Landesgrenze.

Desgleichen interpelliren Abg. Seidl und Genossen das Gesamtministerium wegen Durchführung der in der h. Delegation wiederholt beschlossenen Resolutionen, betreffend die Regulirung des Militärverorgungswesens.

Hierauf erstattet Abg. Beeber den Bericht des Wahlprüfungsausschusses, betreffend die directe Wahl von 15 Abgeordneten des Großgrundbesitzes in Böhmen.

Bei der Abstimmung wurden die Wahlen in der Gruppe des böhmischen Großgrundbesitzes genehmigt.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzent-

wurf bezüglich der Gehalte der Professoren an den theologischen Facultäten.

Abg. Czedit berichtet im Namen des Finanzausschusses über dieses Gesetz.

Abg. Dr. Menger erklärt, für das Gesetz zu stimmen, in der Voraussetzung, daß vom Ministerium baldigst eine durchgreifende Reform der Erziehung des niederen Clerus in Angriff genommen werde.

Das Gesetz wird unverändert in zweiter Lesung angenommen.

Sohin gelangt der Bericht des Finanzausschusses über das Gesetz, betreffend die Gehalte, die Quartiergelder und den Rang der Professoren an den vom Staate erhaltenen technischen Hochschulen, an der Handels- und nautischen Akademie in Triest und an den übrigen vom Staate erhaltenen nautischen Schulen zur Verhandlung.

Berichterstatter v. Czedit trägt den Bericht vor. In der Generaldebatte meldet sich niemand zum Wort, es wird sofort zur Specialdebatte übergegangen und hierauf das ganze Gesetz abschnittsweise in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter v. Czedit referirt nun über vier Petitionen, welche demselben Ausschusse zugewiesen wurden und welche Schulgegenstände betreffen. Die erste ist eine Petition des Lehrkörpers des k. Gymnasiums zu Jglau um Verleihung von Localzulagen.

Die zweite Petition betrifft das Gesuch des Lehrkörpers der k. k. Oberrealschule zu Spalato um Verleihung dieser Anstalt in die erste Gehaltsklasse.

Die dritte eine Petition der Katecheten Galiziens um Regulirung ihrer Gehalte rücksichtlich der Quinquennial- und Localzulagen.

Zu allen diesen drei Punkten beantragt der Finanzausschuss den Uebergang zur Tagesordnung. Die Anträge des Finanzausschusses werden angenommen.

Endlich referirt der Berichterstatter über die letzte Petition, ein Gesuch der Gemeindevertretung der Stadt Reutitschein um Unterstützung ihres an das k. k. Ministerium gestellten Ansehens um Errichtung eines Staats-Obergymnasiums in Reutitschein.

Der Finanzausschuss beantragt, die Petition der Regierung zur thunlichsten Berücksichtigung zu empfehlen. (Dieser Antrag wird angenommen.)

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft und wird die Sitzung um 1 Uhr 10 Minuten geschlossen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 6. Februar.

Tagesordnung: 1. Dritte Lesung der beiden heute in zweiter Lesung beschlossenen Gesetze.

2. Bericht des Legitimationsausschusses über die Wahl des Dechanten W. v. Tarnochy.

3. Zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Bezüge des Lehrpersonals an den aus Staatsmitteln erhaltenen Uebungsschulen.

## Parlamentarisches.

Wien, 1. Februar.

Die 11. Sitzung des Finanzausschusses fand am 30. Abends unter dem Vorsitze des Obmannes Dr. v. Plener statt, und wohnten derselben von Seite der Regierung Sr. Excellenz der Herr Justizminister Dr. Glaser und Sectionschef v. Mitis bei.

Auf der Tagesordnung stand der Staatsvoranschlag des Justizministeriums pro 1872. Als Berichterstatter fungirte Abg. Dr. van der Straß. Zunächst hielt der Ausschuss an der Vorberathung des Erfordernisses fest. Bei Titel 1 wurden 150.000 fl. eingestellt.

Bezüglich des Titels 2, „Oberster Gerichtshof“, beantragt der Referent als Ordinarium nur 330.000 fl., als Extraordinarium dagegen die von der Regierung beanspruchte Summe per 15.540 fl. zu bewilligen. Beide Anträge werden vom Ausschusse angenommen.

Bei Titel 3, „Justizverwaltung in den Kronländern“, beantragt der Berichterstatter, für diesen Titel nur 12.070.000 fl. zu genehmigen.

Bei dem Titel 4, „Strafanstalten“, werden 1.868.100 fl. im Ordinarium und 346.000 fl. im Extraordinarium bewilligt.

Der Titel 5, „Neubauten der Justizverwaltung“, wird mit 174.705 fl. als Extraordinarium eingestellt.

Bezüglich des Titels 6, „Mehraufwand für die den Bezirksgerichten zugetheilten Kanzlisten und Actuare der besonderen Bezirksämter“, beantragt der Berichterstatter nur 15.000 fl. zu genehmigen, welcher Antrag angenommen wird.

Die Einnahmen des Justizministeriums werden nach dem Antrage des Referenten conform der Regierungsvorlage mit 274.272 Gulden einzustellen beschlossen.

In der 12. Sitzung des Finanzausschusses, vom 31. v. M., waren von Seite der Regierung der Sectionsrath von Schwabe und Ministerialrath Merkel anwesend.

Auf der Tagesordnung stand die Vorberathung des Staatsvoranschlages, und zwar zunächst des Capitels Staatsschuld.

Referent Dr. v. Berger beantragt bei dem Titel „Neue consolidirte Convertirungsschuld“, Post 2, 46,405.955 fl. zu bewilligen. Ebenso beantragt Referent bei Post 3, nur die Summe von 41,144.285 fl. einzustellen. (Angenommen.)

Bezüglich des Titels „Neue consolidirte, nicht convertirbare Staatsschuld“ werden die Posten 4, 5, 6 und 7 nach den Ansätzen der Regierungsvorlage angenommen.

Die Post 8, „Zinsenerforderniß für die schwebende Schuld“, beantragt Referent mit 4,740.600 fl. zu bewilligen und zugleich eine Resolution anzunehmen, welche dahin geht: „daß die Regierung aufgefordert werden möge, alle Maßregeln einzuleiten, damit die Summe der Partial-Hypothekaranweisungen wieder vermehrt werde.“ Bei der Abstimmung wird diese letztere Resolution mit einer Stimme Majorität angenommen.

Die Ziffer dieser Post wird, nachdem der Regierungsvorleger sich für die höhere Ziffer ausgesprochen und auch der Referent sich einverstanden erklärt hat, nach dem Antrage Wickhoff mit 3,000.000 fl. genehmigt.

Die Posten 9, 10, 11 werden nach dem Antrage der Regierung angenommen, daher das gesammte Zinsenerforderniß mit 81,978.155 fl. genehmigt.

Hierauf geht der Ausschuss zur Vorberathung des Titels „Schuldentilgung“ über, und wird bezüglich desselben die Post „Rückzahlung von Staatslotto-Anlehenscapitalien und Gewinnsten“ mit 5,291.435 fl. im Extraordinarium, die Post 2, „Einslösung von Privateisenbahnen mit 63.525 fl., ebenfalls im Extraordinarium, die übrigen Posten dieses Titels aber nach der Regierungsvorlage unverändert angenommen, so daß das außerordentliche Gesammterforderniß dieses Titels mit 7,664.172 fl. eingestellt wird. Was die Bedeutung dieses Titels anbelangt, so sind für dieselbe 3,433.000 fl. präliminirt. Abg. Dr. Herbst beantragt, den Curs von den Jahren 1862 bis 1872 zur Basis zu nehmen und deshalb die Post 1: „Aus dem Erlöse der für die im Jahre 1872 zur Rückzahlung fällig werdenden verzinslichen Capitalien hinauszuhebenden Obligationen der einheitlichen Staatsschuld werden bei Annahme eines Durchschnittscurses von 60 pCt., beziehungsweise 70 pCt., im runden Betrage gewärtigt 3,373.000 Gulden“, auf 3,545.000 fl. zu erhöhen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Dr. Herbst angenommen.

Zum Capitel „Indirecte Abgaben“, Titel „Tabak“ übergehend, beschließt der Ausschuss nach dem Antrage des Abg. Dr. Brestel für die Post „Einnahmen vom Verbleibe im Inlande“ 51,028.000 fl.; die Post „Einnahmen der Erzeugungsämter“ aber nach dem Antrage des Referenten mit 725.000 fl. im Ordinarium als Bedeckung einzustellen. Bezüglich des Erfordernisses wird die Post „Administrationsauslagen“ mit 436.000 fl. bewilligt. Rücksichtlich der Post „Erzeugungs- und Anschaffungskosten wird vom Referenten bei dem Einkauf der ausländischen Blätter bei 10,000.000 fl. ein Abstrich von 400.000 fl. beantragt.

Der Regierungsvorleger spricht sich dafür aus, hier aus dem Grunde nichts zu streichen, weil die Preise der Tabakblätter in bedeutender Weise gestiegen sind, weshalb die Summe von 10 Mill. Gulden gewiß nicht zu hoch gegriffen sei. Die letztere Summe wird in Folge dessen von dem Ausschusse bewilligt, so daß diese Post im Ganzen conform der Regierungsvorlage mit 20,997.900 fl. im Ordinarium eingestellt wird. Ebenso wird die Post „Neubauten“, der Regierungsvorlage gleichlautend, mit 39,000 fl. bewilligt.

Die Post „Verschleißauslagen“ wird conform der Regierungsvorlage mit 2,413.734 fl. angenommen.

In der 4. Sitzung des Unterrichtsausschusses wurde die Specialdebatte über das Gesetz zur Regelung der Bezüge des Lehrpersonals an den mit staatlichen Lehrerbildungs-Anstalten verbundenen, aus Staatsmitteln erhaltenen Leherschulen fortgesetzt. Von Seite der Regierung war Ministerialrath Hermann anwesend.

Ueber Antrag des Berichterstatters Dr. Schaub wurde die Verhandlung über § 5 reasumirt, jedoch derselbe abgelehnt, wonach derselbe entfällt. Der § 6 der Regierungsvorlage (nunmehr § 5) wird nach einer längeren Debatte, der § 7 (jetzt 6) ohne Debatte genehmigt. Ebenso der folgende Paragraph.

Hierauf wurden die §§ 10 und 11 modificirt, die Vorberathung dieses Regierungsentwurfes beendet. Dr. Schaub zum Berichterstatter für die Vorberathung im Abgeordnetenhaus gewählt und die Sitzung geschlossen.

Dem Berichte des Legitimationsausschusses über die vom tiroler Landtage gepflogene Wahl des Dechanten Wilhelm v. Tarnoczi zum Mitgliede des Abgeordnetenhauses entnimmt die „R. C.“ Folgendes:

Kraft § 17 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung darf jeder Abgeordnete sein Stimmrecht nur persönlich ausüben. Würde also auch der Fürst-Erzbischof von Salzburg selbst vom tiroler Landtage in das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes gewählt worden sein, so könnte er in diesem Hause nur selbst Platz nehmen, seine Stimme nur persönlich abgeben und niemals könnte ein Substitut desselben, der Dechant v. Tarnoczi, im Abgeordnetenhaus die Function eines Abgeordneten ausüben, wie immer auch dessen Vollmacht lauten möchte.

Das Grundgesetz über die Reichsvertretung bestimmt (§ 1) endlich, „daß niemand gleichzeitig Mitglied beider Häuser sein könne“. Der Fürst-Erzbischof von Salzburg ist aber ein Mitglied des Herrenhauses. Er könnte daher auch selbst niemals gültig als Abgeordneter des Abgeordnetenhauses gewählt werden, um wie viel weniger könnte ein Substitut desselben in das Abgeordnetenhaus gültiger Weise entsendet werden und hier als Vertreter eines Herrenhausmitgliedes functioniren. Der Legitimationsausschuss stellt demgemäß den Antrag, das hohe Haus wolle beschließen, die vom tiroler Landtage gepflogene Wahl des Herrn Dechanten Wilhelm Tarnoczi zum Reichsrathsabgeordneten sei nicht als gültig anzuerkennen.

Der Ausschuss für die Vorberathung der Regierungsvorlage über die Erneuerung der Hypothekarrechte in Dalmatien hat in der Sitzung vom 31. v. M. die unveränderte Annahme des bezüglichen Gesetzes beschlossen.

Es wurden von Seite der dalmatinischen Abgeordneten Wünsche geäußert auf die Errichtung eines Hypothekaramtes in Spalato und auf die baldige Einbringung eines Gesetzes für die Einführung der Grundbücher in Dalmatien. Die Regierung sprach ihre Bereitwilligkeit, den ausgesprochenen Wünschen entgegenzukommen, aus. Abg. Vojnovic wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Ausschuss zur Vorberathung des Gesetzentwurfes betreffend die Verleihung von Civilbedienstungen an ausgediente Unterofficiere hielt am 31. v. M. Abends eine Sitzung, in welcher derselbe die Verathung über diesen Gesetzentwurf fortsetzte und beendete. Die §§ 15 bis 21 wurden nach dem Entwurfe des Referenten Dr. Waldert angenommen, welcher in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses den an das Abgeordnetenhaus zu erstattenden Bericht zur Vorlage bringen wird.

Desgleichen fand die erste Sitzung des Advocatursausschusses statt, in welcher Se. Excell. Herr Justizminister Dr. Glaser über besondere Einladung des Ausschusses erschienen war.

Der Abg. Dr. Zailner erklärt, daß seiner Ansicht nach die Ausübung der Disciplinargewalt über die Advocaten durch das Oberlandesgericht sich durchaus nicht bewährt habe, weil die Gerichte an der Aufrechterhaltung der Ehre und Würde des Advocatenstandes nicht so unmittelbar theilhaftig sind als die eigenen Standesgenossen.

Se. Exc. der Justizminister Dr. Glaser führt aus, daß der Staat sich jeder Ingerenz bei der Disciplinirung der Advocaten nicht begeben könne, und auf dem der Regierungsvorlage zu Grunde liegenden Principe beharren müsse.

Abg. Dr. Zailner führt dagegen die Ansicht aus: Da der Disciplinarsenat bei der Disciplinirung von Richtern auch nur aus Richtern bestehe, so könne doch wohl nicht mit Grund gegen die Zusammensetzung eines Disciplinarsenates für Advocaten aus Standesgenossen derselben ein Einwand erhoben werden.

Man einigte sich dahin, die Debatte über das Princip noch nicht zu schließen, sondern selbe in einer nächsten Sitzung fortzusetzen.

Der Ausschuss zur Vorberathung des Gesetzentwurfes betreffend die Errichtung einer Hochschule für Bodencultur in Wien hielt ebenfalls am 31. d. unter dem Vorsitze seines Obmannes Freih. v. Tinti seine erste Sitzung, welcher Se. Exc. der Ackerbauminister Ritter von Chlumetz anwohnte.

Es wurde zunächst in die Generaldebatte eingegangen, an welcher sich die Abg. Dr. Schaub, Freih. v. Tinti, Graf Starhemberg, Graf Coronini, Ritter v. Carneri, Freiherr v. Suttner, Dr. Ritter v. Piotrowski, v. Czedit, Dr. Ruß, Graf Lamberg so wie der Ackerbauminister Ritter v. Chlumetz theilnahmen.

Abg. Graf Starhemberg spricht insbesondere für die Nothwendigkeit der Anstalt und möglichst baldige Herstellung derselben.

Abg. v. Czedit betont die Nothwendigkeit der Errichtung der Hochschule überhaupt und weist auf die Möglichkeit der Erweiterung durch Einbeziehung des Bergbauunterrichtes hin. Redner plaidirt außerdem dafür, daß das Aufnahmialter auf das erreichte 18. Lebensjahr festgesetzt und die Durchführung nebst dem Ackerbauminister auch dem Unterrichtsminister zugewie-

sen werde. In gleichem Sinne sprechen die Abg. Dr. Ruß, R. v. Carneri und Abg. Graf Lamberg, welcher den bestimmten Antrag stellt, diese Gesetzesvorlage schon jetzt so abzufassen, daß seinerzeit der Unterricht über Bergbau als dritte Section ohne Schwierigkeiten eingefügt werden könne.

Se. Exc. Ackerbauminister Ritter v. Chlumetz stellt das Bedürfnis nach der in Frage stehenden Hochschule als über alle Zweifel erhaben hin.

Der in der neunten Sitzung des Abgeordnetenhauses von der Regierung eingebrachten Nachweisung des Mehraufwandes, welcher sich im Ressort des Finanzministeriums ergibt, ist zu entnehmen, daß dieser Mehraufwand sich für Niederösterreich mit 21.950 fl., für Galizien mit 4500 fl., für Böhmen 9600 fl., zusammen mit 36.050 fl. beziffert.

Hervorgerufen wird dieser Mehraufwand durch die Vermehrung des Concepts- und Manipulationspersonales bei den Finanzdirectionen.

Bezüglich des Berichtes über die zehnte Sitzung des Finanzausschusses bemerkt die „R. C.“ ergänzend, daß über den Titel „Lotto“ des Staatsvoranschlages des Finanzministeriums Abg. Gomperz als Berichterstatter fungirte.

Am 30. Jänner 1872 fand die fünfte Sitzung des Unterrichtsausschusses unter dem Vorsitze des Obmannes Dr. Rehbauer statt. Von Seite der Regierung war Ministerialrath Hermann anwesend.

Gegenstand der Berathung war das Gesetz, wodurch die Bestimmungen des § 36 des Gesetzes vom 14. Mai 1869 (R. G. Bl. Nr. 62) theilweise geändert und ergänzt werden.

Der Antrag des Berichterstatters Dr. Schaub, die mit Rücksicht auf die diesbezüglichen vorjährigen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses amendirte Regierungsvorlage zum Gegenstande der Specialdebatte zu machen, wurde einstimmig zum Beschlusse erhoben.

Bei der Specialdebatte wird der soartig amendirte Gesetzentwurf mit einigen unwesentlichen Aenderungen nach den Anträgen des Berichterstatters angenommen.

## Politische Uebersicht.

Laibach, 4. Februar.

Sämmtliche Sectionen des ungarischen Abgeordnetenhauses nahmen das Budgetgesetz in der vom Finanzausschusse vorgelegten Fassung, ohne irgend welche Aenderung an. — Ueber die croatischen Ausgleichsverhandlungen schreibt der „Pester Lloyd“: Im Laufe des heutigen Tages — 1. d. — haben wiederholte Besprechungen zwischen dem Grafen Vonyay und den croatischen Vertrauensmännern stattgefunden; die Aussichten auf eine Verständigung haben sich gebessert. Während in Ugramer Telegrammen für den Fall einer Transaction Graf Arthur Nugent als Nachfolger Bedekovics' bezeichnet wird, nennt man hier in eingeweihten Kreisen für diese Eventualität als künftigen Banus den Grundbesitzer Mikhailovic, der sich in jüngster Zeit — ohne dem Uniongebanken abtrünnig zu werden — der Nationalpartei genähert und bei derselben vertrauensvolle Aufnahme gefunden hat. Auch die wahrscheinliche Resignation des Erzbischofs Mikhailovic wird viel besprochen und würde der erzbischöfliche Stuhl vorläufig vacant bleiben; dann aber, wenn die Verständigung perfect geworden, mit einer Persönlichkeit besetzt werden, gegen welche die Nationalen sicherlich nichts einzuwenden haben würden. — „Narodne Novine“ loben den General Molinari und constatiren, daß bereits in der ganzen Militärgrenze das Militärsach vollständig vom Verwaltungsfach getrennt sei.

Für Elsaß-Lothringen wurden alle socialdemokratischen Vereins-Versammlungen mit Berufung auf das noch zu Recht bestehende französische Gesetz verboten.

Die Frage der Regierungsform in Frankreich bildet den Mittelpunkt aller Intriguen. Wieder einmal tritt der Gedanke der Fusion zwischen den beiden monarchischen Parteien in den Vordergrund, und die Gegenintrigue wird nicht müde, dieser royalistischen Drohung die abenteuerlichsten Combinationen entgegenzustellen. So spricht man von einem Bündnisse der rothen Republikaner mit dem Kaiserthum, und sogar von einer bevorstehenden Landung Louis Napoleons in der Normandie wurde gesehelt. Man will sogar den Exkaiser in dieser Absicht im Dover gesehen haben. Der „Etoile belge“ wird aus Versailles gemeldet: Thiers hat in der Militärfrage nachgegeben und die Militär-Commission davon verständigt. Within ist die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht wahrscheinlich. — Der Pariser Correspondent des „Standart“ hat Grund zu glauben, daß die Anstrengungen, eine gründliche Versöhnung der älteren und jüngeren Bourbons herbeizuführen, ziemlich Aussicht auf Erfolg habe. Der Graf von Paris wird dem Grafen von Chambord seine Aufwartung machen und ihn als Haupt der Familie anerkennen. — Wie die „Republique française“ meldet, sind zwei Abgesandte des Bey von Tunis, die Herren Rasso und Spezzasumo, in Paris angelan-

men, um im Wege der Unterhandlung mit der französischen Regierung die Schwierigkeiten auszugleichen, die sich aus dem die Suzeränität des Sultans über die Regentenschaft von Tunis wiederherstellenden Firma ergeben hatten. — Graf Apponyi begab sich am 31. v. M. nach Versailles und überreichte dem Minister des Aeußeren, Grafen Komusat, eine Abschrift seines Beglaubigungs-Schreibens, welches er demnächst dem Präsidenten der Republik überreichen wird.

Die englischen Journale aller Parteirichtungen sind darüber einig, daß es nothwendig sei, ein Einvernehmen über den Sinn des Washingtoner Vertrages zu erzielen, bevor das Genfer Schiedsgericht an seine Arbeit geht. Die „Times“ schreibt, England solle von dem Vertrage zurücktreten, falls Amerika in dem Versuche beharrt, die ursprünglichen Intentionen des Vertrages zu verdrehen.

In diplomatischen Kreisen ist von einer neuerlichen Erklärung oder einem Rundschreiben der italienischen Regierung über deren Haltung dem Papste gegenüber schlechthin nichts bekannt. Die Nachricht, daß ein derartiger Schritt erfolgt sei, erschien aber auch an und für sich höchst unglaubwürdig. Denn es liegt nicht das geringste vor, was der Regierung des Königs Victor Emanuel Anlaß böte, eine Discussion über eine Frage zu provociren, welche von allen Cabineten als ausgetragene angesehen wird und die abermals auf die Tagesordnung zu setzen höchstens clericale Organe ein Interesse haben mögen. — Die „Italia“ dementirt das Gerücht, daß ein italienisches Geschwader Befehl erhalten habe, an der spanischen Küste zu kreuzen.

Fürst Carl von Rumänien mußte nach einer Meldung aus Bukarest dreißig höhere Officiere entlassen, weil der Fürst die Gewißheit hatte, daß er sich im gegebenen Momente nicht auf sie werde verlassen können.

### Das Manifest des Grafen von Chambord

wurde am 29. v. M. durch die „Union“ in Paris veröffentlicht. Graf v. Chambord sagt in demselben:

„Die Beharrlichkeit der Bemühungen, meine Worte, Gesinnungen und Acte zu entstellen, nöthigt mich zu einem Proteste. Der Entschluß, mich von Chambord zu entfernen, wird einem geheimen Abdicationsgedanken zugeschrieben. Ich habe den Weg, den ich mir vorzeichnete, nicht zu rechtfertigen; aber alle Hoffnungen, welche auf das Vergessen meiner Pflichten sich gründen, sind eitel. Ich werde niemals abdiciren; ich werde niemals zugeben, daß das monarchische Princip, das Erbgut Frankreichs, die letzte Hoffnung seiner Größe und seiner Freiheiten, nachdem ich sie vierzig Jahre unverfehrt erhalten, Schaden leide. Abermals bedrohen uns Casarismus und Anarchie, weil man das Heil des Landes in persönlichen Fragen und nicht im Principien sucht. Ich pflanze keine Fahne auf, ich halte jene Frankreichs aufrecht: ich hege den stolzen Glauben, daß sie unseren Armeen ihr altes Prestige wieder zurückgeben würde. Ich bin die Reform und nicht die Reaction. Bei den Prüfungen der Kirche erinnerte ich mich der Tradition meines Vaterlandes; diese Sprache regte blinde Leidenschaften auf.“

Das Manifest betont weiter die Nothwendigkeit, keine Zeit zu verlieren, und fragt:

„Wo würden außerhalb des nationalen Principes der erblichen Monarchie die Allianzen sein? Wer wird den Armeen eine starke Organisation geben? Wer unserer Diplomatie ihre Autorität, wer Frankreich Credit und Rang wieder verleihen? Wer wird den arbeitssamen Klassen den Frieden, wer dem Arbeiter die Früchte seiner Arbeit sichern?“

Ich bin zu allen Opfern bereit, welche mit meiner Ehre verträglich sind, zu allen Zugeständnissen, welche nicht Acte der Schwäche wären. Ich habe eine einzige Leidenschaft: das Glück Frankreichs; einen einzigen Ehrgeiz: beizutragen zur Wiederaufrichtung des Landes, was nicht das ausschließliche Werk einer Partei sein kann, sondern die loyale Unterstützung aller der Sache Ergebenen erheischt.“

Das Manifest schließt: „Nichts wird meine Entschlüsse erschüttern, nichts meine Geduld ermüden; Niemand wird unter irgend einem Vorwande es erreichen, daß ich meine Zustimmung gebe, um legitimer König der Revolution zu werden.“

### Weltausstellung 1873.

Herr Oberingenieur Schmidt ist eben von der Inspectionsreise zurückgekehrt, die er nach Westphalen unternommen, um in den dortigen Werken den Stand der Arbeiten für die Eisenlieferungen zu den Ausstellungsgebäuden zu besichtigen. Die Erzeugung der Eisenbestandtheile sowohl für die Rotunde als für das Dachgerippe der Ausstellungsgebäude und der Maschinenhalle ist den für die Lieferung festgesetzten Zeitpunkten gemäß vorgeführt; das Materiale für die Rotunde wird von belgischen Hütten und Walzwerken geliefert und in den Hartfort'schen Etablissements zu Hartforten bei Haspe und zu Hochfeld bei Duisburg angearbeitet. Für die Dachconstructionen wird deutsches Eisen verwendet. Einen Theil der Constructionen hat Herr Hartfort an belgische Werke weitergegeben. Bis jetzt sind ca. 10,000 Ctr.

fertiger Eisenbestandtheile geprüft und von dem österreichischen Commissär an Ort und Stelle übernommen worden. Ein Theil ist bereits unterwegs nach Wien. Die Zimmerung der Gerüstung für die Rotunde ist schon in der vorigen Woche in Angriff genommen worden.

Von Seite des königl. bayerischen Staatsministeriums des Innern, Abtheilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, ist folgende Kundmachung erlassen: Nachdem durch das Ergebnis der mit Entschliebung des vormaligen Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 27. September v. J. eingeleiteten Erhebungen hinsichtlich der beabsichtigten Theilnahme an der Wiener Weltausstellung im Jahre 1873 dargethan ist, daß die wirtschaftliche Nützlichkeit einer Theilnahme Baierns an dieser Ausstellung in den gewerblichen und industriellen Kreisen lebhaft gefühlt wird, und daß in Folge dessen eine ehrenvolle Vertretung der bayerischen Industrie wenigstens in den bedeutendsten Richtungen in sicherer Aussicht steht, so haben Se. Majestät der König mit Allerhöchstem Signate ddo. Hohenschwangau, den 9. v. M., zur Niederlegung einer Landesausstellungs-Commission mit dem Sitze in München, als amtlichen Organes für Behandlung der Ausstellungsgelegenheiten in Unterordnung unter die seinerzeitigen Beschlüsse der zu bildenden Reichsausstellungs-Commission, zunächst aber für die in Angriff zu nehmenden vorbereitenden Arbeiten sich allergnädigst bewogen gefunden und zugleich zu bestimmen geruht, daß die Commission sich ungesäumt constituiren und unter Führung eines besonderen Amtssiegels ihre Thätigkeit beginne. Weiter haben Se. Majestät der König beschlossen, die Leitung der Commission und den Vorsitz in derselben dem königl. Staatsminister des Innern zu übertragen. Die Commission soll zusammengesetzt werden: aus dem Referenten für Industrie und Gewerbe in dem königlichen Staatsministerium des Innern, Abtheilung für Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, aus je zwei Vertretern sämmtlicher Handels- und Gewerbekammern und aus zwei Vertretern des Generalcomité des landwirtschaftlichen Vereins für Baiern, des polytechnischen Vereins in München, des polytechnischen Vereins in Würzburg, des Kunstgewerbevereins in München, des bayerischen Ingenieur- und Architektenvereins, des bayerischen Gewerbevereins in Nürnberg. Das königl. Staatsministerium des Innern ist außerdem ermächtigt, die Commission auf deren Vorschlag durch hervorragende Industrielle und Techniker nach Bedürfnis zu ergänzen. Die Wahl des Stellvertreters des Vorsitzenden, des Secretärs, sowie die Feststellung einer Geschäftsordnung ist der Commission überlassen.“ Das Mitglied der bayerischen Commission, Herr Dr. Stegmann, Director des Gewerbemuseums in Nürnberg und Herausgeber der daselbst erscheinenden „Zeitschrift für Kunst und Gewerbe“, weist seit einigen Tagen in Wien, um sich über den Stand der Vorarbeiten für die Weltausstellung zu orientiren.

Der Generalcommissär der französischen Commission für die Weltausstellung 1873, Herr Dienne, hat den Generaldirector der Ausstellung mit einem warmen Schreiben begrüßt, in welchem er die Versicherung ausdrückt, daß es sich die französische Regierung auf das eifrigste angelegen sein lassen wird, die Industriellen Frankreichs zu einer reichen Besichtigung der Ausstellung zu veranlassen.

Die Abtheilung XIV der kais. Ausstellungscommission (Land- und Forstwirtschaft, Wein-, Obst- und Gartenbau) hielt heute ihre fünfte Sitzung ab. In derselben wurde das Specialprogramm für Wein- und Obstbau, dann Forstwirtschaft und Holzindustrie genehmigt. Der Weinbau erscheint zum ersten male ganz abgesondert, nachdem derselbe auf den bisherigen Ausstellungen, vielleicht zu enge, mit der Landwirtschaft verquickt worden. Als ein wesentlicher Fortschritt dürfte es auch betrachtet werden, daß die spirituellen Getränke namentlich aber Wein, nicht bloß gekostet, sondern auch mit Zustimmung der Aussteller chemisch auf Säure, Alkoholgehalt, Extractivstoffe etc. untersucht werden sollen.

Das forstwirtschaftliche Programm beschränkt sich nicht nur auf die Forstwirtschaft, sondern umfaßt auch die Holzindustrie, welche eben so geeignet ist, den Werth der Waldbestände zu heben, als die Cultur, ja sogar den Unterricht in der Forstwirtschaft zu beeinflussen. Einen interessanten Beitrag dieses Theiles der Ausstellung wird die Exposition der Jagd bieten, indem beabsichtigt wird, an lebensgroßen Figuren Jägeranzüge und Trachten so wie Jagdwaffen etc. zur Anschauung zu bringen.

Für die am 27. Jänner im großen Saale der niederösterreichischen Statthalterei stattgefundene Plenarsitzung der kais. Ausstellungs-Commission war folgende Tagesordnung ausgegeben worden: Bericht des Generaldirectors über den gegenwärtigen Stand der Ausstellungsangelegenheit; Vorlage der allgemeinen Reglements für die Theilnahme der österreichisch-ungarischen Monarchie und für die Theilnahme des Auslandes; Antrag bezüglich der von den Ausstellern einzubehaltenden Plakette; Antrag bezüglich der Raumvertheilung unter die an der Ausstellung Theil nehmenden Staaten; Wahl von drei Mitgliedern in das Preisgericht, welches in Gemäßheit des Concursprogrammes für die Anfertigung

der Preismedaillen über einlangende Modelle entscheiden soll. Gestern hielt die Bauabtheilung der kais. Ausstellungscommission eine Sitzung ab. Die Section, welcher die Herren Rudolf Ditmar, Heinrich Ritter v. Drafsche-Wartinberg, G.M. Moriz Freiherr von Ebner-Eschenbach, Wilh. Ritter v. Engerth, August Fölsch, Georg Hartl, Karl Hasenauer, Karl Hochstetter, Moriz Ritter v. Löhr, Albert Alen Edler von Wiesenberg, Wilh. v. Nördling, Oberbaurath v. Schmidt angehören, wählte Herrn Oberbaurath v. Schmidt zum Präsidenten und Herrn Fölsch zum Vicepräsidenten. Als Referent fungirte Herr Hasenauer. Letzterer erstattete der Versammlung eingehenden Bericht über die bisherigen Fortschritte der Bauarbeiten unter Vorzeigung aller bezüglichen Pläne und Zeichnungen. Die Versammlung nahm diese Mittheilungen zustimmend entgegen, knüpfte an dieselben die Besprechung einiger Specialfragen, betreffend die Rotunde, und gab die Erledigung aller dieser Detailangelegenheiten Herrn Hasenauer anheim. Gleichzeitig hielt das von der Abtheilung IV (Communications-, Transports-, Zollwesen etc.) niedergesetzte Zollcomité, welchem die Herren: Sectionschef Ritter v. Widenfeld, Hofrath Eichler, Präsident Reckenschuß, Aug. Schneider, Ritter v. Zimmermann angehören und als Experte die Vertreter des Hauptzollamtes die Herren: kais. Rath Beck und Oberamtscontroller Böschl beigezogen waren, seine zweite Sitzung ab. In dieser gelangten die Zoll- und Verzehrungssteuerfragen zur Discussion und wurden die Modalitäten berathen, welche behufs Erleichterung der Besichtigung der Exposition zu Gunsten der Aussteller zu normiren wären. Ebenso wurden die auf Ausstellung von Monopolsgegenständen bezüglichen Fragen in Verhandlung genommen.

### Tagesneuigkeiten.

— In der Ofener Burg werden Vorbereitungen für einen längeren Aufenthalt des Allerhöchsten Hoflagers getroffen. Dem Vernehmen nach sollen die kaiserlichen Kinder schon diese Woche, einige Tage darauf Ihre Majestäten die Kaiserin und später der Kaiser eintreffen.

— (Einfluß der Länderchefs auf das Postwesen.) In Folge a. h. Entschliebung vom 18ten v. M. wurde den Statthalterei- und Länder-Chefs in den einzelnen Kronländern ein entsprechender Einfluß auf die Administration des Postwesens eingeräumt. Die Postdirectionen haben nach dieser a. h. Entschliebung bei Ernennung der Postmeister und der niederen Beamten die Genehmigung des Statthalters einzuholen; dergleichen haben die Statthalter ein entscheidendes Votum bei allen Coursangelegenheiten, bei der Einführung von Malloposten und bei der Errichtung von neuen Postämtern in den betreffenden Kronländern. Der Grund dieser Maßregel darf darin gesucht werden, daß in den letzteren Jahren, namentlich in Böhmen und Mähren, Elemente in die Verwaltungszweige der Postdirectionen gelangt sind, die ihre amtliche Stellung zu politischen Zwecken mißbrauchten. Gleichzeitig ist aber auch die theilweise Unterordnung der Postdirectionen unter die Controle der Statthalter und Länder-Chefs als ein weiteres Bestreben, die Autonomie der einzelnen Kronreiche und Länder zweckentsprechend zu erweitern, anzusehen.

— (Bierproduction.) In den Brauhäusern Wiens und der Umgebung wurden im December v. J. 460.169 Eimer Bier gebraut.

— (Aenderung der Ergänzungsbezirk-Eintheilung.) Die Grafschaft Görz und Gradiska, mit Ausnahme jener Theile derselben, welche dem Marine-Ergänzungsbezirk angehören, wurde zufolge kaiserlicher Entschliebung aus dem Ergänzungsbezirk des Inf.-Regiments Nr. 22 ausgeschieden und in die Ergänzungsbezirke der Infanterie-Regimenter Nr. 7 (Klagenfurt) und Nr. 17 (Laibach) einverleibt. Demnach würden die Stadt Görz und die Bezirkshauptmannschaften Görz und Tolmein nunmehr zu dem Ergänzungsbezirk Nr. 7, die Bezirkshauptmannschaften Gradiska (mit Ausnahme der Gerichtsprängel-Stellungsbezirke Cervignano und Monfalcone) und Sessana zu dem Ergänzungsbezirk Nr. 17 gehören.

### Locales.

— (Die hiesige Landwirtschaftsgesellschaft) wird über Aufforderung Sr. Excellenz des Herrn Ackerbauministers v. Schlumeghy in Folge der zahlreichen an das Ackerbauministerium gelangenden Klagen über die Höhe der Salzpreise ihre Ansichten und eventuell bestimmte formulirte Anträge vorzulegen haben.

— (Auszeichnungen.) Bei der letzten Triester Ausstellung haben die krainische Industrie-Gesellschaft und Herr Gilbert Fuchs die große silberne Medaille erhalten, erstere für Eisen und Stahl, letzterer für Eisen.

— (Für die freiwillige Feuerwehr) hat Se. Durchlaucht Fürst Metternich 10 fl. zu Vereinszwecken gespendet.

— (Faschingschronik.) Das Feuerwehrränzchen war vorgestern von mehr als zweihundert Gästen besucht. Die decorative Ausstattung des zum Tanzlocales bestimmten Glasalons ist als eine höchst gelungene zu bezeichnen. Das schöne Geschlecht wird es bedauern, an diesem gemüthlichen animirten Festabend nicht in größerm

Masse Anteil genommen zu haben. Es waren mehr als einhundert frische, freie, fröhliche, tanzergebene (fromme) und mit guten Lungen (Schläuchen) versehene Tänzer am Plage...

(Theateranzeige.) Morgen wird uns Herr Lung, aus lombischen und Bäterrollen wohlbekannt, zu seinem Benefiz das neue Lebensbild mit Gesang "Der Teufel im Frack" von Ruben, vorführen.

(Theaterbericht.) Vorgestern ging Bollheim's Schauspiel "Das Geheimniß der alten Mamsell" zum erstenmale über die hiesigen Bretter.

Die bei seinem demüthigt stutzfindenden Benefize ausbleiben sollten, mit dem "Stücken" behandeln würde. (Anzeige über die Jahr- und Viehmärkte in Kärnten) im Februar 1872: Am 12. in Guttaring, Maria Rojach, Paternian, Roslegg.

Gestern war die "Prinzessin von Trapezunt" wieder so freundlich, sich sehen zu lassen; sie wurde von dem vollen Hause mit großem Applaus empfangen.

Börsebericht. Wien, 1. Februar. Die volle Aufmerksamkeit war auf Eisenbahn-Actien jüngerer Datums gerichtet, welche, für ausländische Rechnung stark gekauft, Coursaufbesserungen erzielten.

Table with columns: Allgemeine Staatsschuld, Wiener Communalanleihen, Actien von Bankinstituten, Actien von Transportunternehmungen, and Andere öffentliche Anleihen. Includes sub-tables for Bohmen, Galizien, and Ungarn.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London. Die delicate Heilmahrung Revalesciere du Barry beseitigt alle Krankheiten, die der Medicin widerstehen.

Eingefendet. Mein Herr! Ich kann Sie versichern, daß seit ich von der wundervollen Revalesciere du Barry Gebrauch machte, das heißt seit zwei Jahren, fühle ich die Beschwerden meines Alters nicht mehr.

Abbé Peter Castelli, Bach.-es-Theol. und Pfarrer zu Brunetto, Kreis Mondovi. Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

Der "Bote für Tirol und Vorarlberg" schreibt aus Innsbruck zum 2. Februar d. J.: "Die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers wird nach den neuesten Bestimmungen Dienstag Abend erfolgen."

Die "Wiener Abendpost" meldet am 3. d. M.: "Ihre kais. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie ist gestern Nachmittags um 3 1/4 Uhr auf ihrer Promenade über die Ringstraße einer großen Gefahr glücklich entgangen."

Benefice Post.

Der "Bote für Tirol und Vorarlberg" schreibt aus Innsbruck zum 2. Februar d. J.: "Die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers wird nach den neuesten Bestimmungen Dienstag Abend erfolgen."

Die "Wiener Abendpost" meldet am 3. d. M.: "Ihre kais. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie ist gestern Nachmittags um 3 1/4 Uhr auf ihrer Promenade über die Ringstraße einer großen Gefahr glücklich entgangen."

Paris, 3. Februar. Die Assemblée nahm die Kündigung der Handelsverträge an und verwarf mit 377 gegen 318 Stimmen den Antrag Duchatel's auf Uebersiedlung der Regierung und der Nationalversammlung nach Paris.

Die Assemblée nahm die Kündigung der Handelsverträge an und verwarf mit 377 gegen 318 Stimmen den Antrag Duchatel's auf Uebersiedlung der Regierung und der Nationalversammlung nach Paris.

Telegraphischer Wechselkurs vom 3. Februar. Spec. Metalliques 63.05. — Spec. Metalliques mit Plat. und November-Zinsen —. — Spec. National-Anlehen 71.80.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Verlosungen.

(1860er Staats-Lose.) Bei der am 1. d. im Beisein der Staatsschulden-Controlcommission des Reichsrathes vorgenommenen 24. Verlosung der Serien der Schuldverschreibungen des fünfprocentigen Staatslotterie-Anlehens vom 15. März 1860 per 200,000,000 fl. ö. W. wurden nachstehend verzeichnete 70 Serien gezogen.

(Graf Genois-Lose.) Bei der am 1. d. vorgenommenen 26. Verlosung fiel der Haupttreffer mit 50,000 fl. auf Nr. 68438, der zweite Treffer mit 5000 fl. auf Nr. 67752, der dritte Treffer mit 2000 fl. auf Nr. 71997, und der vierte Treffer mit 1000 fl. auf 73471.

Laibach, 3. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 6 Wagen mit Getreide, 5 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 72 Ctr., Stroh 12 Ctr.), 20 Wagen und 2 Schiffe (12 Klasten) mit Holz.

Table with columns: Durchschnitte-Preise, Weizen pr. Megen, Korn-Saat, Gerste, Hafer, Halbsfrucht, Weiden, Hirse, Runkeln, Erdäpfel, Linsen, Erbsen, Finken, Rindschmalz, Schweineschmalz, Speck, geräuchert, Butter pr. Pfund, Eier pr. Stück, Milch pr. Maß, Rindfleisch pr. Pfd., Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schöpfenfleisch, Hühner pr. Stück, Lauben, Heu pr. Centner, Stroh, Holz, hart, pr. Kst., weiches, 22", Wein, roth., Eimer, weißer.

Theater.

Heute: Die Nachtschwärmer. Operette in 1 Act von Reffel. Musik von Bayr. — Ein Faschings-Souper. Posse in 1 Act von Verla.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Februar, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anhalt des Himmels, Niederschlag in Millimetern. Includes data for Feb 6, 7, 8, 9, 10.

Den 3. Höfennebel anhaltend, die Spitze des Schloßberges meist in Regen gehüllt. Auf den höheren Bergen und in den höheren Ebenen der herrlichste wolkenlose Tag.

Table with columns: Geld Waare, Siebenb. Bahn in Silber verz., Staatsb. 3%, 500 Fr., Südb. 3%, 500 Fr., Südb. 3%, 200 fl., Südb. 6%, (1870-74), Ung. Ostbahn für 100 fl., Privatlose (per Stüd.), Creditanstalt f. Handel u. Gew., Rudolf-Stiftung zu 10 fl., Wechsel (3 Mon.) Geld Waare, Kurs der Geldsorten, R. Münz-Ducaten, Napoleonsd'or, Preuß. Cassenschein, Silber, Krainische Grundentlastungs-Obligations, Prisc vatnotierung: 85.75 Gelb, 86 Waare.